

THEMA

REGARDS

MILITÄR UND KLIMAKRISE

Vorreiter war einmal

María Elorza Saralegui

Die Verteidigungsdirektion misst ihre Treibhausgase nicht mehr. Die Rekordausgaben für Rüstung werden die Klimakrise aber erheblich befeuern – nicht nur in Luxemburg.

Einige Jahre lang wollte die luxemburgische Armee Vorreiter sein. Unter François Bausch (Déi Gréng) rechnete die Verteidigungsdirektion dafür erstmals ihren CO₂-Fußabdruck aus. Damals bildete die Regierung so zusammen mit Ländern wie Norwegen oder Großbritannien eine Ausnahme. Weltweit sind militärische Organisationen vom UN-Klimaabkommen ausgenommen. Somit müssen Armeen als einziger Bereich keine Auskunft darüber geben, wie viele Treibhausgasemissionen sie ausstoßen. Obschon der Sektor zu den größten Verschmutzern zählt, fehlt jegliche Rechenschaftspflicht, und Reduktionsziele muss keine einzige Streitkraft einhalten.

Einer 2022 veröffentlichten Studie zufolge betrug der CO₂-Fußabdruck aller Streitkräfte rund 5,5 Prozent der gesamten Emissionen – wären sie ein Land, würden sie direkt hinter China, den USA und Indien auf dem vierten Platz landen. Die Studie berief sich dabei auf Zahlen von 2019. Im gleichen Jahr stieß Luxemburgs Armee laut Angaben der Verteidigungsdirektion rund 19.300 Tonnen CO₂ aus, was 1,5 Prozent der nationalen Emissionen ausmacht. Heute ist diese Zahl mit großer Wahrscheinlichkeit höher. Denn je mehr fürs Militär ausgegeben wird, desto mehr Emissionen stößt der Bereich aus. Die steigenden Etats – al-

lein dieses Jahr will der Luxemburger Staat 1,3 Milliarden Euro fürs Militär ausgeben, mehr als doppelt so viel wie die rund 600 Millionen im Jahr 2024 – befeuern die Klimakrise immer stärker. Doch genaue Daten gibt es nicht mehr.

2021 erfasste die Luxemburger Armee das letzte Mal ihre Emissionen. Damals wurden 12.500 Tonnen CO₂ emittiert. Dies entspricht aber nur einem Teil der Gesamtemissionen, denn indirekte Emissionen (auch „Scope 3“ genannt), die etwa bei der Produktion von Dienstleistungen oder der Lieferung von Waren verursacht werden und den größten Teil ausmachen, wurden nicht mitgerechnet. Damals träumte die Regierung noch von einer „klimaneutralen“ Armee, wie der ehemalige Verteidigungsminister François Bausch im Gespräch mit der woxx erklärte (woxx 1741, „Luxemburgs Armee und die Treibhausgase: Die Klimakrieger“). Bereiche der Armee, die nicht dekarbonisiert werden können, sollten mit Aufforstungsprojekten kompensiert werden. Zwar sehen die 2023 aktualisierten Leitlinien der Verteidigungsdirektion noch vor, „die Treibhausgasemissionen und den ökologischen Fußabdruck der Verteidigung weiterhin [zu] messen, [zu] bewerten und [zu] reduzieren“. Doch seit die CSV-DP-Regierung an der Macht ist, sind nur noch die Uniformen grün: Emissionen werden weder gemessen, noch bewertet.

Ein „zu hoher Arbeitsaufwand“

Weltweit gibt es einen ähnlichen Trend. Laut der Organisation „Military Emissions Gap“ meldet nur knapp die Hälfte der 70 führenden Militärmächte ihre Emissionen an die UN. Lag deren Anzahl 2022 noch bei 38, waren es das darauffolgende Jahr ein Land weniger. Wie Luxemburg haben auch die USA aufgehört, ihre Emissionen zu veröffentlichen. Die letzten Zahlen gehen auf 2022 zurück, bevor US-Präsident Donald Trump vergangenes Jahr den Stecker zog. „Die Zahl der Länder, die Daten melden, ist leicht zurückgegangen, was hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, dass die USA keine Emissionen mehr messen. Der Rückgang ist zwar gering, aber äußerst bedeutsam, da es sich um das Land mit den höchsten Militärausgaben handelt“, so Stuart Parkinson gegenüber der woxx. Auch China legte keine Rechenschaft über seine militärischen Treibhausgase mehr ab. Der ehemalige Militäringenieur und jetzige For-

scher bei der britischen Organisation „Scientists for Global Responsibility“ (SGR) sieht hingegen Besserungen in der Berichterstattung von Ländern wie Deutschland, der Schweiz und Kanada. Zudem hätten einige Waffenunternehmen, darunter „Airbus“ und „Leonardo“, angefangen, ihre Emissionen zu messen – auch wenn sie im gleichen Atemzug die Lockerung von Umweltvorschriften und Berichtspflichten fordern.

Für die Luxemburger Verteidigungsdirektion war der Arbeitsaufwand „unverhältnismäßig hoch“, wie ein Pressesprecher gegenüber der woxx angab. Zudem seien die Messungen zu unklar gewesen. „Die Verbuchung wäre nur dann zuverlässig gewesen, wenn alle Emissionen genau erfasst werden könnten, was zu einer unverhältnismäßigen Belastung für das Personal der Armee und der Verteidigung geführt hätte“, heißt es aus der Direktion. Stuart Parkinson reagiert kritisch auf diese Erklärungen: „Ich halte das sowohl aus klimatischer als auch aus kostentechnischer Sicht für höchst fragwürdig, denn sobald man einmal damit beginnt, Systeme einzurichten, ist es einfacher, Informationen zu den Emissionen zu sammeln.“

Unstimmige Messungen

Das heißt nicht, dass die Berichterstattung an sich unbedingt einfach ist. Das macht sich beispielsweise an der Qualität der veröffentlichten Zahlen bemerkbar. Wie eine im vergangenen November veröffentlichte Studie von SGR zeigte, berichten die meisten Staaten – wenn sie denn etwas angeben – weniger als 10 Prozent ihrer militärischen Emissionen. Wenn Daten vorliegen, sind diese oft lückenhaft, beziehungsweise falsch eingetragen oder mit Emissionen aus zivilen Bereichen wie der Abfallverbrennung zusammengefasst. Zudem können etwa Luft- und Schifffahrtsemissionen gemeldet werden, ohne sie spezifisch als militärisch zu kennzeichnen. In manchen Fällen stimmen die an die UN angegebene Zahlen nicht mit denen überein, die die Armeen in ihren eigenen nationalen Berichten veröffentlichen. Beispielsweise gab Deutschland für das Jahr 2022 an, etwas mehr als 0,8 Millionen Tonnen CO₂ im Militärsektor ausgestoßen zu haben. Der Jahresbericht der Bundeswehr dokumentierte jedoch fast 1,2 Millionen Tonnen CO₂.

Laut Parkinson können diese Unstimmigkeiten teilweise an den unklaren

Die unsichtbarsten Emissionen

Treibhausgase werden in direkte (Scope 1, die von Verkehrsmitteln und Scope 2, das für die Stromerzeugung ausgestoßene CO₂) und indirekte Emissionen (Scope 3, die Herstellung von Waren und Lieferketten) eingeteilt. Bisher erstellen die wenigsten Streitkräfte eine komplette Bilanz. Vorreiter ist Norwegen, dessen Streitkräfte sogar einen Schritt weiter gehen: Sie versuchen, die sogenannten Scope 3+ Emissionen zu berechnen – also die Treibhausgase, die beim Kämpfen unmittelbar in die Atmosphäre entweichen. Nicht ohne Grund gilt der Sektor als einer der größten Klimasünder: Explosionen, fossile Brennstoffe, die Zerstörung von ganzen Vierteln, die Verschmutzung der Umwelt, ... Zahlen zu den in Konflikten ausgestoßenen Emissionen liegen nur wenige vor, obschon Forscher*innen und auch Länder wie die Ukraine hier erste Schätzungen gemacht haben. So sind im Krieg zwischen Russland und der Ukraine seit Februar 2022 geschätzte 173 Millionen Tonnen CO₂ produziert worden, dies in den ersten drei Jahren des Konflikts. Hinzu würden noch 64 Millionen Tonnen für den Wiederaufbau kommen. Im Gazastreifen könnten die Zahlen bei rund 31 Millionen Tonnen liegen. Für Konflikte in anderen Regionen, wie etwa jenem im Sudan liegen noch keine Zahlen vor.

Jede zusätzliche Investition in Höhe von 100 Milliarden US-Dollar könnte zu einem Anstieg der Emissionen um 32 Millionen Tonnen CO₂ führen, so eine Analyse von Scientists for Global Responsibility.

ren Richtlinien der Vereinten Nationen liegen, die Staaten bei ihrer Berichterstattung der Emissionen helfen sollen. „Es sei ein leichteres, Daten zu den militärischen Emissionen falsch oder „verschleiert“ einzutragen. Bei indirekten Emissionen seien die Berichterstattungen noch schlechter, so der SGR-Forscher: „Selbst Länder, die bei der Meldung ihrer militärischen Treibhausgasemissionen führend sind, liefern der UN keine zuverlässigen Daten.“ Ein Vergleich zwischen Staaten oder das Ziehen einer klaren europäischen oder weltweiten Bilanz ist dadurch fast unmöglich.

Nichtsdestotrotz könnten diese Schwierigkeiten nicht als Ausrede gelten, um mit den Messungen aufzuhören, so Parkinson. Hier seien Staaten wie Norwegen ein Vorbild und zeigten, dass es sogar bei den komplizierteren Rechnungen der Scope 3-Emissionen möglich ist, eine Bilanz zu ziehen. „Es gibt auch viele standardisierte Datenbanken, die man zur Schätzung dieser Emissionen nutzen kann und die ständig verbessert werden“, sagt der Forscher. „Letztendlich gibt es keinen Durchsetzungsmechanismus, aber je mehr Streitkräfte ihre Emissionen veröffentlichen, desto mehr werden die Argumente in Frage gestellt, dass dies aus Sicherheits- oder Kostengründen nicht möglich sei“, so Parkinson. In Luxemburg sei dies deshalb vor allem eine „politische Entscheidung“, vor allem wenn man bedenke, wie viel gerade ins Militär investiert wird. Besorgniserregend ist dabei nicht nur die zweifelhafte Erklärung vonseiten der Direktion, sondern vor allem auch die Sorglosigkeit: Wer aufhört, Emissionen zu messen, heizt das Klima blind auf. Der Militärssektor hat somit ein leichtes Spiel, sich jeglicher noch so kleinen Verantwortung zu entziehen.

Anstieg der Treibhausgase

Einigten sich vergangenes Jahr die Nato-Staaten mit Ausnahme von Spanien auf eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf 3,5 Prozent (woxx 1843, „Nato-Gipfel in den Haag: Zusagen und Zahlenspiele“), werden diese auch den jährlichen CO₂-Fußabdruck der Militärs stark vergrößern. Mit Zahlen zu historischen Investitionen und Emissionen haben Forscher*innen versucht, zu schätzen, wie stark die Emissionen in Folge dieser höheren Budgets zunehmen könnten. Die SGR hat elf verschiedene Studien dazu analysiert und verglichen. Das Ergebnis: Allein die geplanten Budgeterhöhun-



FOTO: ARMÉE LUXEMBOURGEOISE

gen der NATO-Staaten könnten eine zusätzliche Menge von 132 Millionen Tonnen CO₂ produzieren – in etwa so viel Treibhausgas, wie laut des Green Deals pro Jahr EU-weit bis 2030 reduziert werden müssten. Eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben sei mit den notwendigen Klimaschutzmaßnahmen nicht vereinbar, so das Fazit der SGR.

Jede zusätzliche Investition in Höhe von 100 Milliarden US-Dollar könnte zu einem Anstieg der Emissionen um 32 Millionen Tonnen CO₂ führen, so ein weiteres Ergebnis der Analyse. „Der Zusammenhang zwischen Militärausgaben und militärischen Treibhausgasemissionen ist sehr komplex und schwer vorherzusagen“, mahnt Parkinson jedoch. Wird etwa vor allem in die Sanierung von Gebäuden investiert, statt in den Kauf von neuen Panzerflotten, könnten die Emissionen erheblich niedriger sein, bei 4 Millionen Tonnen pro Investment von 100 Milliarden Dollar. Plant eine Armee lediglich Gehaltserhöhungen ein, hat dies keine weiteren Folgen auf die Emissionen der Streitkraft, so Parkinson. Sollte eine Armee neue energieeffizientere Ausrüstung anschaffen, dann könnte der Anstieg der direkten Emissionen auch geringer ausfallen als in der Vergangenheit – sofern die Ausrüstung nicht häufiger genutzt wird. Plant das Militär dagegen CO₂-intensive Ausgaben, könnten die Emissionen auf bis zu 59 Millionen Tonnen steigen. Dazu würde auch der Start eines Satelliten zählen, wie die Luxemburger Regierung ihn gerade plant. So stimmte am vergangenen Mittwoch die Mehrheit des Parlaments mit den Gegenstimmen der beiden délégués-Abgeordneten für das Gesetzesprojekt des „GovSat-2“. Der Start des GovSat-1-Satelliten im Jahr 2018 stieß

dabei rund 5.000 Tonnen Emissionen aus. Wie viel mit dem zweiten produziert werden könnten, ließ die Verteidigungsdirektion auf Nachfrage der woxx aus. Was klar ist: „Der Abschuss eines Satelliten lässt sich nur sehr schwer und teuer dekarbonisieren“, so Parkinson.

Reduktion weiterhin eine Priorität

Obwohl die Verteidigungsdirektion mit der Berichterstattung zu ihren Emissionen aufgehört hat, will sie ihren CO₂-Fußabdruck „soweit wie möglich“ verringern. Der Bedrohung der Klimakrise und der Rolle des Militärs sei sie sich bewusst. „Die Reduktion der Emissionen ist eine Priorität, aber nicht deren Bilanzierung“, so die Verteidigungsdirektion auf Nachfrage der woxx. Sie warte auf neue Technologien: „Es ist schwierig, die mit dem Kauf von Waren und Dienstleistungen sowie mit Flugreisen verbundenen Emissionen zu reduzieren, solange noch keine CO₂-neutralen Technologien und Kraftstoffe verfügbar sind.“ Überhaupt konzentriere sich die Regierung auf die Verringerung der Emissionen in jenen Bereichen, in dem dies zu keinen negativen Folgen auf die Operationsfähigkeit der Armee führt.

Mit Projekten, die die vorherige Regierung schon in Gang brachte, wie der Sanierung der Kasernen auf dem Herrenberg oder der Neugestaltung des Militärlagers in Waldhaff und des Schießstandes in Bleesdall, wolle man fortfahren. Solaranlagen, Wärmepumpen, geothermische Sonden und weitere neue Technologien würden dafür in Betracht gezogen. Zusätzlich soll die Herrenberg-Kaserne mit Photovoltaikanlagen ausgestattet werden. Die Sanierung könnte den Energieverbrauch um die Hälfte reduzieren und die So-

laranlagen bis zu 66 Prozent des benötigten Stroms produzieren. Auf die Frage hin, wie überprüft werden soll, ob sich die CO₂-Bilanz reduziert, wenn keine Emissionen gemessen werden, antwortet die Direktion deshalb: „Anhand der Modernisierungen der Infrastrukturen und die Erneuerung des Fuhrparks, teils durch hybride oder elektrische Fahrzeuge, kann man von einer signifikanten Reduktion ausgehen, auch ohne diese präzise zu messen.“

Für die SGR zeigt ein anderer Weg eine schnellere Reduktion der Emissionen. Wie ihr im September veröffentlichter Bericht zeigt, verkleinert sich der CO₂-Fußabdruck eines Militärs, wenn weniger ausgegeben wird – und zwar schneller als umgekehrt. „Kürzungen der Militärausgaben [können] zu einem schnelleren Rückgang der Treibhausgasemissionen führen, als diese zuvor gestiegen sind“, so die SGR. Grund hierfür könnte sein, „dass energiehungrige Geräte schneller ausgemustert werden“, sagt der Forscher: „Wenn Streitkräfte ihre Ausgaben reduzieren, streichen sie als erstes die Ausrüstung, deren Nutzung teuer ist. Das sind in der Regel ineffiziente Geräte.“ Ist viel Geld da, würden neue effizientere Technologien und Waffen gekauft, die alten, umweltschädlicheren aber meist auch weiterhin benutzt.

Für jegliche ernstzunehmende Reduktion der Klimabedrohung, seien Messungen der Emissionen ein „wichtiger erster Schritt“, so der SGR-Forscher. Doch: „Man muss sich die Situation, in der wir uns befinden, vor Augen führen“, sagt Parkinson. „Wir rasen auf über 1,5 Grad zu. Diese Praktiken hätten schon vor 20 Jahren geregelt werden müssen.“